



22/SVV/0742

Antrag
öffentlich

Stadteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung

<i>Einreicher:</i> Fraktion CDU	<i>Datum</i> 23.08.2022
------------------------------------	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
07.09.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung
20.09.2022	Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung	Vorberatung
28.09.2022	Hauptausschuss	Vorberatung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie in allen Stadtteilen eine demokratisch legitimierte Vertretung der Bürger ggf. nach dem Vorbild oder gleich den Ortsbeiräten in verschiedenen Ortsteilen eingerichtet werden kann. Die Möglichkeiten, Vorteile und Nachteile sind bis Ende I Quartal 2023 dem Hauptausschuss zur Diskussion und ggf.

Vorbereitung eines Beschlusses vorzustellen.

Begründung:

Begründung:

Gemäß Hauptsatzung § 22 werden in Potsdam Ortsbeiräte, Ortsvorsteherinnen bzw. Ortsvorsteher für bestimmte Ortsteile gewählt, den Ortsbeiräten stehen die Anhörungsrechte im Sinne des § 46 Abs. 1 BbgKVe zu.

Mit Beschluss 17/SVV/0172 wurde die Verwaltung damit beauftragt, im Rahmen einer neuen Gesamtbetrachtung zu prüfen, wie die Stadteilarbeit in Potsdam angesichts der Herausforderungen der wachsenden Stadt auf hohem Niveau verstetigt werden kann. Im August 2018 wurde ein Gesamtkonzept vorgelegt. Darin steht als Handlungsbedarf auf Seite 10 : „Handlungsbedarf: Angesichts der konkreten Auswirkungen von Entscheidungen durch Politik und Verwaltung auf die Lebensverhältnisse vor Ort bedarf es einer Überprüfung und ggf. Weiterentwicklung der räumliche Bezugsebenen im Verwaltungshandeln. Dabei muss der Lebensraumbezug der Stadt- und Ortsteilbewohnerschaft stärkere Berücksichtigung finden und die Begriffe eine einheitliche, präzise und transparente Verwendung erfahren.“ Weitere Handlungsbedarfe werden in dem Konzept formuliert. Es ist daher an der Zeit,

dieses Konzept weiter zu entwickeln und ggf. insgesamt eine für das gesamte Stadtgebiet geltende Struktur unterhalb der Stadtverordneten zu entwickeln und zu implementieren.

Anlagen:

- | | | |
|---|--|------------|
| 1 | Stellungnahme der Verwaltung | öffentlich |
| 2 | Änderungsantrag der Fraktion AfD vom
04.09.2023_Stadtteilvertretungen | öffentlich |



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

22/SVV/0742

öffentlich

Einreicher: **Fraktion AfD**

Betreff: Stadteilvertretungen zur Intensivierung der
Bürgerbeteiligung

Erstellungsdatum 04.09.2023

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.09.2023	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/ Ergänzungsvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie in allen Stadtteilen eine demokratisch legitimierte Vertretung der Bürger **aus allen zur Wahl zugelassenen Parteien und Wählervereinigungen sowie interessierter Bürger** ggf. nach dem Vorbild oder vergleichbar den Ortsbeiräten in verschiedenen Ortsteilen eingerichtet werden kann. Die Möglichkeiten, Vorteile und Nachteile sind bis Ende I. Quartal 2024 dem Hauptausschuss zur Diskussion und ggf. Vorbereitung eines Beschlusses vorzustellen.

gez. Fraktionsvorsitzender Chaled-Uwe Said
Unterschrift